BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag der Freien Hansestadt Bremen
Haus der Bürgerschaft | Am Markt 20 | 28195 Bremen

Landtag
21. Wahlperiode

Drucksache 21/2051

14. Oktober 2026

Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hersteller in die Pflicht nehmen – Poser und Raser schon ab Werk stoppen

Die Suche nach Aufmerksamkeit nimmt bei einer steigenden Zahl von Liebhaber:innen hochmotorisierter und getunter Fahrzeuge immer extremere Formen an und belästigt andere in längst nicht mehr hinnehmbarer Weise. Neben dem demonstrativen Zurschaustellen leistungsstarker und teils unzulässig getunter Autos, mit denen in ordnungswidriger Weise prahlerisch unnötig umhergefahren wird, werden auch innerorts illegale, höchstgefährliche und strafbare Rennen veranstaltet. Polizeiliche und verkehrliche Maßnahmen konnten zwar die Lage an den Hot Spots in Bremen und Bremerhaven zuletzt entspannen. Die lokale Abhilfe löst die Problemlage jedoch nicht grundsätzlich, da sich die Poser- und Raserszene immer wieder neue Orte sucht.

Deshalb sind künftig Hersteller stärker in die Pflicht zu nehmen. Bisher tragen sie lediglich Verantwortung dafür, dass die Fahrzeuge ab Werk den gesetzlichen Vorgaben der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) und der EU-Typgenehmigung entsprechen. Für nachträgliche illegale Umbauten durch Dritte besteht keinerlei Haftung der Hersteller. Dabei bestünde für Fahrzeughersteller bereits jetzt die Möglichkeit, ihre Fahrzeuge ab Werk mit technischen Sperrsystemen auszustatten, um illegales Tuning, insbesondere im Hinblick auf Eingriffe, die auf übermäßige Leistungssteigerung oder spezifische Beschleunigungsmodi abzielen, zu erschweren oder gar zu verhindern.

Ziel muss es sein, unangemessene Beschleunigungen und Lärmemissionen insbesondere innerorts in Wohngebieten schon ab Werk zu verhindern. So gibt es bereits physische Bauteilsperren, die bestimmte Fahrzeugkomponenten, wie Turbo oder Einspritzdüsen mit nicht zerstörungsfrei demontierbaren Bauteilen sichern oder nur mit autorisierten Spezialwerkzeugen bearbeiten lassen. Ähnlich wie bei Abgasuntersuchungssperren könnten Hersteller im Rahmen der sog. „Secure Vehicle Architecture“, die immer komplexere Fahrzeugsystem weiterhin beherrschbar halten soll, auch Fahrzeugkomponenten wie Steuergeräte mit elektronischen Mechanismen nach Art eines Siegels schützen. Wird das „Siegel“ gebrochen und die Werkstattkette unautorisiert unterbrochen, wird eine Manipulationsmeldung im Bordnetz hinterlegt. Denkbar wäre zudem eine standortunabhängige Sperrfunktion für bestimmte Modi, wie Soundverstärker, Renn- oder Driftmodi, die durch GPS/Geofencing nur für bestimmte genehmigte Rennstrecken automatisch freigeschaltet sind.

Diese und weitere zum Teil bereits existierenden Maßnahmen werden herstellerseitig kaum verpflichtend für den allgemeinen Markt eingesetzt. Begründet wird dies mit fehlender Kompatibilität und entgegenstehenden Kundenwünschen. Daher müssen nun gesetzliche Vorgaben geprüft werden, die Hersteller zum flächendeckenden Einbau von datenschutzkonformen Sperrsystemen verpflichten.

Einen ersten Ansatz bietet die Euro7-Norm, die ab November 2026 für neue Fahrzeugmodelle und ab November 2027 für alle neu zugelassenen Pkw die Einführung von Systemen vorsieht, die die Überschreitung von Schadstoffemissionen erkennen. Hier muss eine Erweiterung der gesetzlichen Anforderungen auf „Anti-Raser“-Technik das Ziel sein. Damit würde die Verantwortung für die Fahrzeugbeschaffenheit verstärkt auf den Hersteller verlagert. Die EU hat mit deligierten Regelungen und Novellen zur Verordnung (EU) 2018/858 bereits konkrete Vorgaben zum sicheren und standardisierten Zugang zu fahrzeugspezifischen Diagnosedaten, zu Schnittstellen (APIs) für Reparatur- und Wartungsinformationen sowie zu Software-Update-Pflichten verabschiedet. Diese Regeln enthalten Fristen für die schrittweise Umsetzung. Vor diesem Hintergrund ist eine Ergänzung der Typgenehmigungs- und Prüfanforderungen um manipulations- und verhaltensrelevante Elemente erforderlich und bedarf präziser rechtlicher Formulierung auf EU- und nationaler Ebene. Durch eine europaweite Regelung im Sinne einer einheitlichen Produktverantwortung könnten Schlupflöcher vermieden werden, sodass technische Maßnahmen gegen Raser und Poser flächendeckend zur Wirkung kämen.

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf der Bundesebene dafür einzusetzen,

1. dass die Pflicht für Fahrzeughersteller zur Ausstattung neuer Fahrzeuge mit datenschutzkonformen technischen Sperrsystemen geschaffen wird, die Manipulationen zum Zwecke der übermäßigen Leistungssteigerung, des Aushebelns von Werksbegrenzungen oder der Aktivierung besonders lauter oder rennsportartiger Modi – wie Soundverstärker, Drift- und Rennmodus – technisch erschweren oder verhindern;
2. dass die Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) sowie die Typgenehmigungsvorschriften weiterentwickelt werden, sodass zukünftig elektronische oder mechanische Siegel („Manipulationsschutz“) für relevante Fahrzeugkomponenten (z.B. Steuergeräte, Auspuffanlagen, Turbo) verpflichtend werden und ein Bruch des Siegels eine dokumentierte Manipulationsmeldung im Bordnetz des Fahrzeugs hinterlegt;
3. dass auf europäischer Ebene – insbesondere im Rahmen einer Konkretisierung der Verordnung (EU) 2018/858, der hierzu ergangenen delegierten Rechtsakte und der Euro-7-Regelungen (Verordnung (EU) 2024/1257) – darauf hingewirkt wird, dass die verbindliche Einführung von Anti-Raser- und Anti-Poser-Technik Bestandteil des Genehmigungsverfahrens wird. Vorgaben analog zur Abgasüberwachung sollen ergänzt

werden um solche Systeme, die Manipulationen an Fahrzeugsystemen zwecks Leistungssteigerung und Lärmerzeugung erkennen und melden;

4. dass der Bund sich bei der EU dafür eintritt, dass künftig strengere Vorgaben für die Nachvollziehbarkeit und Unveränderbarkeit fahrzeugbezogener Software gelten, um das illegale Aufheben von Beschränkungen und das nachträgliche Aktivieren von Lärmfunktionen wirksam zu verhindern.

Kevin Lenkeit, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

Tim Sültenfuß, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE

Ralph Saxe, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anlage(n):

- keine